

2258 (V) HHA

Haushaltsantrag
öffentlich

Stelle gegen Rechtsextremismus Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 15. November 2023

Datum

15.11.2023

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Zuständigkeit	Abstimmung				
			Laut Vorschlag	abweichend	Ja	Nein	Enthaltung
Ausschuss für Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung	07.12.2023	Vorbereitung					
Regionsausschuss	12.12.2023	Vorbereitung					
Regionsversammlung	19.12.2023	Entscheidung					

Beschlussvorschlag der Fraktion/Gruppe

Seite Entwurf (Produktdarstellung ab Seite 223 ff.)	Teilhaushalt Nr. / Bezeichnung
Seite 235 f.	Teilhaushalt – 01 Zentrale Steuerung

Für die „Stelle gegen Rechtsextremismus“ in der Regionsverwaltung wird eine Vollzeitstelle eingerichtet und mit zusätzlichen Aufgaben betraut. Die Stelle soll insbesondere

- die demokratische Zivilgesellschaft in der Region Hannover stärken (Demokratieförderung),
- rechtsextreme Aktivitäten in der Region Hannover beobachten, erfassen und bewerten,
- Handlungsstrategien und Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gemeinwesens und gegen Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erarbeiten und die Umsetzung koordinieren
- den Austausch mit einschlägigen Akteur*innen innerhalb der Regionsverwaltung, aus der Zivilgesellschaft und mit lokalen Bündnissen pflegen
- fachliche Beratung für Verwaltungsmitarbeitende, kommunale Mandatsträger*innen, Einrichtungen und Bürger*innen im Umgang mit Rechtsextremismus anbieten.

Sachverhalt

Die Region Hannover ist eine vielfältige und solidarische Kommune. Sie zieht ihre Stärke aus dem friedlichen Miteinander von 1,2 Mio. Menschen. Nicht zuletzt die Angriffe auf queere Menschen beim CSD, die rassistischen Anfeindungen gegen Gastronomen und die Schändung der Gedenkstätte Ahlem am 29. Oktober 2023 haben jedoch gezeigt, dass es rechte Einstellungen und auch Rechtsextremismus in organisierter Form in der Region Hannover gibt. Die breite Verurteilung derartiger Vorfälle ist ein wichtiges Signal, es fehlt jedoch an konkreten Handlungsstrategien.

Mit der Gedenkstätte Ahlem und der politischen Bildung verfügt die Region Hannover bereits über wichtige Akteur*innen, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sowie für Demokratiebildung und -förderung einsetzen. Die seit vielen Jahren bestehende Stelle gegen Rechtsextremismus in der Regionsverwaltung ist dazu eine wichtige Ergänzung, verfügt derzeit aber nur über ein geringes Stundenkontingent.

Anlage/n

Keine